

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 500 H

7. Dezember 2013

38. Jahrgang

## Donnerhall vom Donnerstagskreis



Heute treffen sich die JUSOS zu ihrem Bundeskongress in Nürnberg. **Johanna Uekermann** wurde zur neuen Vorsitzenden der SPD-Nachwuchsorganisation gewählt. Die 26-jährige kommt aus dem niederbayerischen Mitterfels im Landkreis Straubing-Bogen. Sie gehörte als stellvertretende Vorsitzende bereits dem Vorstand an. Erwähnenswert ist dies alles deshalb, weil sich allein acht Landesverbände der Jusos gegen den Koalitionsvertrag von CDU und SPD ausgesprochen haben. Das ist nicht ungewöhnlich, weil die Jusos, wenn überhaupt, dann häufig wegen ihrer kritischen Haltung zur Mutterpartei wahrgenommen werden. Die Medien haben stets Spaß daran, aus den kritischen Reihen einer Partei zu berichten, alles andere ist ja auch langweilig. Auf diese Weise kommen

oft Leute zu Wort, die kaum jemand kennt. Mit einer gegen die Parteiführung gerichteten Meinung gelangt man eher in die Presse, als wenn man mit allem einverstanden ist. Und außerdem wollten wir mit dem Foto von Johanna ein Gegengewicht zu dem folgenden schaffen, um unsere Leser nicht zu verschrecken. *Foto: Johanna Uekermann.de*



Das ist **Hans-Georg Lorenz**, HG oder HGL genannt. Der heute 70-jährige Lorenz trat 1961 in die SPD ein. Von 1979 bis 2006 war er Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Er war von 1982 bis 1987 Kreisvorsitzender der SPD Spandau. „Innerhalb der Berliner SPD gehört er dem links orientierten Donnerstagskreis an“, steht bei wikipedia. „Angehört“ ist leicht untertrieben, denn Lorenz ist der Donnerstagskreis. Früher war das in der SPD ganz einfach, da gab es den rechten Britzer Kreis und den linken Donnerstagskreis. Heute ist es kaum noch möglich, die ganzen Gruppen und Grüppchen zu orten oder zu benennen. Aber den Donnerstagskreis gibt es immer noch. Über das Innenleben dieser Kreise wissen Außenstehende wenig. Wer ist Mitglied, wie wird man Mitglied, wer ist Sprecher, und wie wurde dieser gewählt? Von wem HGL immer wieder das Mandat erhält, im Namen des Donnerstagskreises Veröffentlichungen vorzunehmen, wissen wir nicht. Mehrere Versuche, auf seine und die Internetseite des Donnerstagskreises zu gelangen

zu gelangen, schlugen heute Vormittag fehl. *Foto: Lothar Duclos*



Unter den Veröffentlichungen des Donnerstagskreises befindet sich immer noch eine zweite Unterschrift, nämlich die von **Gerlinde Schermer**. Auch Schermer gehörte dem Abgeordnetenhaus an, von 1991 bis 1999. Beim Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe 1999 stimmte sie – gemeinsam mit **Michael Müller** – als einzige aus der SPD-Fraktion dagegen. Und was noch für Frau Schermer spricht: 1998 hat sie – ich glaube auch als einzige aus der SPD – gegen die Bezirksgebietsreform gestimmt. Bekannt wurde sie aber durch den Berliner Wassertisch. Der erfolgreiche

Volksentscheid zum Rückkauf der privatisierten Anteile an den Wasserbetrieben, war für sie ein großer Erfolg. Auf SPD-Parteitag sind ihre Wortmeldungen gefürchtet. Wenn sie nach vorne geht, fliegen die Fetzen. Lorenz und Schermer bilden seit langer Zeit die außerparlamentarische Opposition innerhalb der SPD. *Foto: gerlinde-schermer.de*

Nicht verwunderlich ist, dass Lorenz und Schermer gegen den Koalitionsvertrag sind, womit sie sich mit den Jusos in völliger Übereinstimmung befinden. In einer groß angelegten Rundmail teilten Lorenz und Schermer den Adressaten mit, was sie von der „GroKo“ halten. Und vor allem stellten sie erneut unter Beweis, dass der Beitrag der legendären Tagesspiegel-Redakteurin **Brigitte Grunert** vom 19. April 2000 noch immer nicht zutrifft, in dem es heißt: „Der Donnerstagskreis der SPD-Linken ist tot.“

Lorenz vermutet in seiner Mail, dass einige der Adressaten den Donnerstagskreis der Berliner SPD nicht kennen. Hier die Erklärung: „Den Donnerstagskreis gibt es seit mehr als vierzig Jahren. Er vereinigte die Linken in der Berliner SPD. Das kam auch in seiner Überschrift zum Ausdruck: ‚Vereinigte Linke in der Berliner SPD‘. Im Rahmen der Privatisierungswelle - und auch wegen einiger persönlicher Spannungen - hat sich die Berliner Linke gespalten. Der Donnerstagskreis ist dabei die radikalere Linke geblieben. Wir haben gegen den Verkauf öffentlicher Betriebe gekämpft, gegen den Verkauf von Wohnungen und städtischen Wohnungsbaugesellschaften, gegen die Rettung korrupter Berliner Banken u.s.w.“

Nun kauft Berlin die Wasserbetriebe, Strom und Gas zurück (*Anm.d.Red.: Wasser Ja, Strom und Gas ist ja wohl noch nicht entschieden*) und versucht der Wohnungsnot und dem Mietwucher durch den Bau von Wohnungen im öffentlichen Eigentum Herr zu werden. Wir sind nicht stolz darauf, dass wir solange vergeblich darum kämpften, was nun als richtig erkannt und anerkannt wird. Aber wir verstecken uns auch jetzt nicht, wenn wir gegen den Strom schwimmen.

Wenn zum Beispiel in der Koalitionsvereinbarung eine verkappte Privatisierung und Verschuldung hingenommen wird, obgleich die Partei sich gegen PPP (*Anm.d.Red.: öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) oder Public-Private Partnership (PPP)*) ausgesprochen hat, dann machen wir dagegen Front.“

Inzwischen steht fest, dass der Mitgliederentscheid der SPD-Basis gültig sein wird, denn fast die Hälfte der Mitglieder hat schon ihren Stimmzettel zurückgesandt. Das allein ist eine Sensation, mit der anfangs nicht jeder gerechnet hat. Die große Beteiligung kann aber sowohl ein Zeichen dafür wie dagegen sein. Der Lorenz-Schermer-Donnerstagskreis hat einen Wahlauf Ruf veröffentlicht. Diesen wollen wir Ihnen nicht vorenthalten.

„Der Koalitionsvertrag liegt auf unseren Tischen. (Sonderausgabe ‚Vorwärts‘ und elektronische Verbreitung). Die Spitzenfunktionäre sagen und schreiben uns, dass sie ‚viel erreicht‘ hätten – und dass wir, die Basis, daher zustimmen sollen. Vor der Wahl wollte die SPD Deutschlands Zukunft mit einem längst überfälligen Politikwechsel gestalten! Dafür haben bundesweit Genossen und Genossen, auch im Vertrauen auf die Führung Wahlkampf gemacht. Bundesweit haben SPD-Verbände nach der Wahl Beschlüsse gegen eine große Koalition gefasst. Dann haben sie sich auf Abwarten zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen eingestellt.

Die Erfahrung belegt, dass Koalitionsvereinbarungen in der Regel für die ersten 100 Tage beachtet werden, während die Personalentscheidungen getroffen werden, danach werden sie immer mehr vernachlässigt. Da in diesen Koalitionsvereinbarungen alles unter dem finanziellen Vorbehalt der wirtschaftlichen Entwicklung steht, sind sie nicht mehr als unverbindliche Absichtserklärungen.

Sie räumen keineswegs die grundsätzlichen Einwände gegen eine große Koalition aus. Die bleiben:

- Bedrohliche Mehrheitsverhältnisse im Bundestag: 80% zu 20%: das gefährdet die Demokratie erheblich!
- Die SPD-Mandate sind entwertet, wenn 5 zusätzliche Stimmen für jeden CDU-Antrag im Bundestag reichen.
- Die SPD bricht ihre wichtigsten Wahlkampfversprechen und gibt ihre Rolle als Volkspartei im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Rentner, der Auszubildenden, aller sozial Schwachen auf. Das schadet unserem Land, das schadet der SPD selbst.

Auch wenn die SPD-Spitzen sicher hart verhandelt haben, zeigen die Koalitionsvereinbarungen jedoch, dass kaum etwas erreicht wurde. Der CDU mit fast absoluter Mehrheit stand die SPD von vornherein sehr geschwächt gegenüber: statt Politikwechsel gilt für die Gestaltung von Deutschlands Zukunft in der großen Koalition nur: ‚weiter so‘ und schlimmer noch als bisher:

- Selbst beim Mindestlohn (bei dem wir in Europa Schlusslicht sind) gibt es keinen echten Durchbruch: Anfang erst ab 2015, Aufschübe und Einschränkungen bis 2017, bis zur nächsten Wahl! Die mögliche abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren müssen die Versicherten selbst bezahlen. Das bedeutet, dass auch bei den Renten keine Fortschritte über die bereits bestehende Gesetzeslage hinaus erzielt wurden.
- Die wichtige Forderung nach Steuererhöhungen für Reiche wurde schon im Vorfeld aufgegeben. Keinerlei Fortschritt zu mehr Steuergerechtigkeit! Die Schere zwischen Reich und Arm klafft im Gegenteil weiter auseinander.
- Es bleibt bei Merkels Diktat der Schuldenbremse, mit dem die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur weiter zerstört werden. Es bleibt beim Ausverkauf öffentlicher Güter, bei dem private Großunternehmen gewaltige Gewinne einstreichen, während wir alle teuer dafür bezahlen müssen, durch Leistungskürzung, Sozialabbau und Preiserhöhungen.
- Überwachung und Ausspähung gehen trotz NSA-Skandal ungehindert weiter. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Vorratsdatenspeicherung gekippt, die große Koalition will sie dennoch wieder einführen.
- Die Energiewende bleibt auf der Strecke; es gibt keinen Schutz dagegen, dass die Folgekosten des Atommülls der Bevölkerung aufgebürdet werden.
- Trotz gegenteiliger Behauptungen gibt es keine Finanzmarktregulierung, es gibt keine Eindämmung der Lobbyisten, die im Gegenteil massiven Einfluss bereits auf die Koalitionsvereinbarungen ausüben konnten.

- Es bleibt bei parlamentarisch unkontrollierter Waffenproduktion und bei Waffenexport auch in Kriegs- und Krisengebiete.

Dies alles und noch mehr lässt für die nächsten 4 Jahre nicht nur Stillstand, sondern Verschlimmerungen in allen Lebensbereichen befürchten. Wenn die SPD schon in den Ausgangsverhandlungen keinen Stand hatte, werden die bescheidenen Versprechungen, die ohnehin meist unter Finanzierungsvorbehalt und Diktat der Schuldenbremse stehen, kaum eingehalten werden. Die SPD hat keinerlei Druckmittel, Verbesserungen wirklich durchzusetzen. Mager, wie die Ergebnisse sind, bleibt ihre Verwirklichung ganz ungewiss.

Da die Einnahmeseite bei den Steuern nicht verbessert wird, werden sowieso die Interessen der verschiedenen Gruppen im Gerangel des politischen Alltags zwangsläufig nur gegeneinander ausgespielt: was einer Gruppe gegeben werden soll, muss einer anderen weggenommen werden. Darin ist keine sozialdemokratische Handschrift erkennbar!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen abgewartet. Diese Ergebnisse sind weit davon entfernt, dass sie die Gefährdung stabiler demokratischer Verhältnisse rechtfertigen würden. Viele haben auch damit gerechnet, dass die SPD-Führung selbst die Verhandlungen für gescheitert erklären würde, wenn nicht genug sozialdemokratische Politik durchsetzbar sein würde. Das ist leider nicht geschehen.

Die Parteiführung gibt uns aber mit der Abstimmung die große Chance, basisdemokratisch zu entscheiden. Damit haben wir zwangsläufig auch eine große Verantwortung, der wir uns nicht entziehen können: wir alle sind mitverantwortlich dafür, wenn in den nächsten vier Jahren so gut wie nichts von den Wahlzielen, für die sich bundesweit auch die Basis eingesetzt hat, eingelöst wird. Wir alle von der Basis müssen uns dann von den Wählerinnen und Wählern der SPD auch mit Recht vorhalten lassen: „Ihr Sozialdemokraten habt wieder einmal nur leere Versprechungen gegeben!“

Darum, liebe Genossinnen und Genossen, nehmen wir unsere Chance wirklich wahr: besinnen wir uns auf alle unsere Beschlüsse und Meinungsbilder gegen große Koalition direkt nach der Wahl, lassen wir uns von den Medien nicht Legenden über den angeblichen Wählerwillen einreden, denn das ist grober Unfug - niemand hat eine Koalition aus CDU und SPD gewählt, es stand schlicht nicht zur Abstimmung!

Stimmen wir mit NEIN!

Das ist die bessere Alternative, das ist der einzige noch verbleibende Weg, wie für unsere Partei SPD Vertrauen zurück erobert werden kann. Stimmt gegen die große Koalition!“

Tja, da kann man ja froh sein, nicht mit abstimmen zu müssen. Eine schwere Entscheidung. Was wäre bloß die Alternative? Schwarz-Grün? Neuwahlen? Letzteres wäre für die SPD fatal, denn der Wähler, der natürlich keine Große Koalition gewählt hat, weil man keine Koalitionen wählen kann, spricht sich mehrheitlich in den Umfragen aber für eine aus. Käme sie nicht zustande, würde man vor allem die SPD dafür verantwortlich machen.

Was **Hans-Georg Lorenz** und **Gerlinde Schermer** betrifft, so muss man die beiden eigentlich mögen. Wenn ihre Oppositionsrolle nicht so kompromisslos wäre, wenn nicht immer wieder geradezu hassähnliches Verhalten erkennbar wäre, könnte man sie noch mehr mögen und vor allem ernster nehmen. Das Auftreten von **Gerlinde Schermer** gegen **Michael Müller** bei der Wahl des SPD-Landesvorsitzenden im letzten Jahr, ging weit über das erträgliche Maß an innerpartei-

licher Kritik, die man am Vorsitzenden haben kann, hinaus. Man muss seine Emotionen auch unter Kontrolle haben können. Als ich 1968 in die SPD eintrat, glaubte ich eine Menge neuer gleichgesinnter Freunde gefunden zu haben. Das gelang im Laufe der Jahre recht übersichtlich. Schon die Teilnahme an den ersten Versammlungen zeigte mir, worum es im Wesentlichen geht. Macht und Posten. Standen Vorstandsneuwahlen an, erhielt ich viel Besuch von Kandidaten. Dabei ging es nicht nur darum, mir zu erklären, warum dieser oder jener gewählt werden soll, sondern stets auch darum, was die Gegenkandidaten für Arschlöcher sind. In den 30 Jahren meiner Mitgliedschaft habe ich, wie in kaum einer anderen gesellschaftlichen Gruppe, auch nicht am Arbeitsplatz, so viel Missgunst und Kungelei bis hin zum blanken Hass erlebt. Parteien sind wichtig in einer Demokratie, ohne sie geht es nicht. Dennoch würde ich niemanden raten, in eine Partei einzutreten.

Über die Mails des Donnerstagskreises freue ich mich aber immer wieder. Macht weiter, Gerlinde und HG, Ihr beiden habt mehr Power als der gesamte neue Landesvorstand Eurer Partei zusammen.

***Ed Koch***